



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

♀: Die Eröffnung des Landtages in Preußen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

bald bei jeder Gelegenheit offen an das Licht trat, die jedoch — weil man das Princip der Anciennetät nicht verletzen wollte — nunmehr ganz gemächlich bis zu den höchsten Stellen vorrücken konnten.

Die Eröffnung des Landtages in Preußen.

Heute Nachmittag las vor verhülltem Thronessel der Minister des Auswärtigen die Worte seines königlichen Gebieters den versammelten Herren und Landboten Preußens vor. Schon jetzt, zwei Stunden, nachdem die Rede in Berlin gehalten wurde, läuft sie gedruckt durch die Straßen Leipzigs. Und mit einer Spannung, welche jedes andere politische Tagesinteresse in den Hintergrund drängt, erwartet der Deutsche die ersten Lebensäußerungen des Abgeordnetenhauses, welches in einer bis jetzt unerhörten Lage des Staates zusammenberufen wurde.

Wer die glattflüssigen Perioden der Thronrede durchliest, ohne Kenntniß von dem harten Kampf zwischen Ministerium und Volk zu haben, der wird schwerlich merken, daß der Staat, in dem sie gesprochen wurde, sich in der gefährlichsten Entwicklungsfrankheit befindet. Nachträgliche Genehmigung der Ausgaben für 1862 soll beantragt werden, die Staatshaushaltsetats von 1863 und 1864 sollen vorgelegt werden, das angenommene Deficit des vergangenen und des laufenden Jahres ist mit Mehreinnahmen verrechnet worden. Ein Gesetzentwurf zur Abänderung und Ergänzung des Gesetzes vom 3. September 1814 soll der neuen Militärorganisation gesetzliche Grundlage geben. Die Regierung ist überzeugt, daß auch die Bundesverträge von 1815 den veränderten Verhältnissen der Zeit nicht mehr entsprechen, und sie wird in der Lage sein, die Fortdauer dieser Verträge für unthunlich zu halten, wenn die deutschen Bundesgenossen die Pflichten, welche diese Verträge ihnen auflegen, nicht gewissenhaft erfüllen wollten.

Voraussichtlich wird die Landesvertretung dem Ministerium die Indemnität für die Ausgaben von 1862 nicht ertheilen, sie wird den Militäretat für 1863 und 1864 nicht bewilligen, sie wird die Novelle zum Dienstgesetz von 1814 nicht annehmen, sie wird endlich der Regierung grade herausfagen, daß es ein übles Symptom einer hilflosen Stellung in Deutschland sei, wenn man

in demselben Satz, in dem man das Unzulängliche der Verträge von 1815 ausspricht, nichts weiter in Aussicht zu stellen wisse, als ein Aufgeben dieser ungenügenden Verträge, im Fall deutsche Bundesgenossen dieselben Verträge ebenfalls für ungenügend halten sollten.

Welche Bedeutung der gegenwärtige Landtag gewinnen und welchen Einfluß er auf die Stimmungen Deutschlands ausüben wird, hängt fast allein von der Stellung ab, welche die Fractionen der liberalen Partei zu einander einnehmen. Seit einem Jahre ist von verschiedenen Seiten, zumal von der preussischen Partei außerhalb Preußens, gemahnt, gebeten, gedrängt worden, daß Altliberale und Nationalpartei ihre alten Späne wegräumen und sich erinnern sollen, wie nur einmüthiges und festes Zusammenhalten in der Opposition gegen die bestehende Regierung ihren Staat und die Deutschen aus der gegenwärtigen Katastrophe herausheben kann. Beide Parteien begreifen, wie es scheint, die Nothwendigkeit des Zusammengehens, in Wirklichkeit bricht immer wieder der Gegensatz hervor, jede sucht ihren Standpunkt zu wahren und wirft den Gegnern vor, daß sie gemeinsames Handeln unmöglich machen. Es läßt sich voraussagen, daß der Landtag, wenn diese stillen Antipathien nicht völlig in den Hintergrund gedrückt werden, schädliche Wirkungen statt segensreicher ausüben wird. Er wird den Gegnern eine innere Schwäche des Liberalismus verrathen, die Reaction vorläufig befestigen, eine große Zahl der Wähler tiefer in den Radicalismus hineintreiben.

Die altliberale Partei hat die meiste Veranlassung, den Fractionen der Nationalpartei mit Resignation und gutem Willen entgegen zu kommen; denn sie ist die Minderzahl. Und sie ist nicht ohne eigene Schuld und die Schuld ihrer Führer in diese Lage gekommen. Aber gerade bei ihren Vertretern hat die letzte Niederlage und die Verminderung der Popularität eine innere Schärfe zurückgelassen, welche sich nicht ungern gegen die Personen und Zwecke der Fortschrittspartei richtet. Das ist natürlich und immer so gewesen. Der Gentleman dieser Fraction empfindet mit Stolz, daß er seit dem Eintritt Preußens in die parlamentarische Bewegung bis zum Eintritt in die neue Aera, unter den widerwärtigsten Kämpfen die politische Sittlichkeit, gesunden Menschenverstand und das Interesse des Staates gegen die linke und rechte Seite vertreten hat. Sicher ist dies Selbstgefühl nicht ohne Berechtigung. In einer Zeit, in welcher die Demokratie als politische Partei noch eine chaotische Masse von tüchtigen Männern und schlechtem Gesindel darstellte, wo auch die Führer den schwersten Vorwurf auf sich luden, der eine Partei treffen kann, die Bundesgenossenschaft mit unwürdigen Elementen, mit Feinden Deutschlands, mit den Feinden der socialen Ordnung und bürgerlichen Gesellschaft, wenigstens nicht energisch genug von der Hand gewiesen zu haben, erfüllten die Altliberalen mit Selbstverläugnung eine Pflicht. Sie warfen zuerst das Gewicht ihres Ein-

flusses auf Seite der bestehenden Macht, um die Grundlagen des Staates, die Sicherheit der bürgerlichen Ordnung zu erhalten, und sie kämpften darauf gegen die Einseitigkeit und Vertheidigung derselben Gewalt, welche durch ihre Hülfe wieder befestigt worden war, muthvoll und ausdauernd durch die parlamentarischen Sessionen von fast zehn Jahren. Es war keine Thätigkeit, welche große Resultate möglich machte, sie war deshalb nicht minder mannhaft; unsere Nachkommen werden das nicht vergessen, und die Geschichte wird der Partei das ehrende Zeugniß geben, daß sie, im Ganzen betrachtet, in der schlechten Zeit von 1848 bis 1858 das möglichst Beste mit Ausdauer und Opfermuth gethan hat. Aber der größte Segen ihrer Thätigkeit in diesen zehn Jahren wird merkwürdiger Weise von ihr selbst nicht vollständig gewürdigt. Denn in dieser Zeit hat sich unter dem Eindruck ihrer parlamentarischen Kämpfe, unter den Einflüssen der fortschreitenden politischen und geistigen Bildung in Deutschland auch die demokratische Partei gehoben, geläutert, veredelt. Sie hat in diesen zehn Jahren die gesunden Grundlagen gefunden, welche die Voraussetzungen einer deutschen Volkspartei sind. An die Stelle des unwürdigen Koffettirens mit Franzosen und Polen ist ihr ein tüchtiges, gesundes Nationalgefühl getreten. Gerade sie hat einzelne, bedeutende Persönlichkeiten entwickelt, welche der bürgerlichen Gesellschaft mit verehrungswerther Selbstopferung einen Damm gegen den wüsten Socialismus des Jahres 1848 errichteten; gerade sie hat durch ihre stärksten Talente die Bildung einer populären preussischen Partei in einer Zeit möglich gemacht, in welcher die preussische Regierung nur Ungenügendes that, den höchsten Forderungen der Nation gerecht zu werden. So hat sich jetzt allmählig das Verhältniß der Altliberalen in Preußen zu der neuen Nationalpartei und ihre Stellung im Staate gänzlich geändert. Nicht immer behält eine Partei das beste Recht, und die Altliberalen sind in dringender Gefahr dies Recht, welches allerdings unabhängig von der Popularität des Tages ist, zu verlieren. Denn aus dem alten Beamtenstaat und aus der Zeit, wo sie im Kampfe gegen rohe Straßenhaufen und gegen das Ministerium Manteuffel fast allein stand, sind manchen ihrer Mitglieder auch einige Schwächen zurückgeblieben. Schon darin lag ein Uebelstand, daß sie nur unvollkommen verstanden, sich eine warme Popularität zu erwerben. Sie waren herausgekommen im Kampfe gegen die Uebergriffe der Demokratie von 1848, und etwas von der Verstimmung, welche diese Zeit zurückließ, blieb zwischen ihnen und den Wählern hängen. Sie sind ferner in der Mehrzahl feinfühlende, hochgebildete Männer, von reizbarem Selbstgefühl, ihre Führer von der Opposition des vereinigten Landtages her gehören fast sämmtlich Familien des höhern Beamtenstandes oder des Landadels an, welche aus alter Zeit gewöhnt sind mit einem stillen Aristokratismus in das Volk zu blicken. Sie besitzen außer ihrer warmen Loyalität auch die Neigung, viel auf Stimmung und An-

sichten der regierenden Kreise zu achten, und sie sind durch Temperament, Bildung und bürgerliche Stellung vorzugsweise der Versöhnung und dem Vermitteln der Gegensätze hold.

Ohne Zweifel gibt es noch jetzt in dieser Partei ehrenhafte Männer, welche die Herrschaft des Junkerthums für ein großes Uebel halten, aber die gegenwärtige ungemüthliche Spannung zwischen Krone und Volk für ein größeres. Und welche träumen, daß einige Concessionen der Regierung in der Militärfrage, z. B. die zweijährige Dienstzeit und etwa die Vertauschung des Herrn v. Bismarck mit einem Herrn von sanfterem Wesen dem preussischen Volk das Gefühl der Zufriedenheit und Kraft zurückgeben könnte. Die Tyrannei und die Uebergriffe der Militär- und Administrativbehörden, die Knechtschaft, welche jetzt dem preussischen Staatsbürger durch die übereifrigen Handlanger eines unwürdigen Systems aufgelegt wird, die schlechte Kreisordnung, der Verfall der Bildungsanstalten, die mittelalterliche Stellung des Heeres im Staate, endlich das persönliche Regiment und die damit zusammenhängende Schwäche der innern und äußeren Politik, das Alles werde sich dann allmählig von selbst geben.

Wer dergleichen glaubt, betrügt sich selbst. Aber auch wenn eine Besserung der preussischen Zustände auf solchem Wege stiller Belehrung an sich möglich wäre, so ist sicher, daß sie thatsächlich nicht mehr in dieser geräuschlosen Weise vor sich gehn wird. Und da ein Hauptmotiv unserer altliberalen Freunde ihre warme Loyalität und der Wunsch ist, dem hohen Königsgelecht der Preußen dauerhafte und glorreiche Regierung zu bewirken, so mögen sie auch erwägen, daß jetzt der loyalste und treueste Dienst, welchen sie der Zukunft der Hohenzollern leisten können, der ist, wenn sie als feste Männer gegen die Regierung stehen und halben Concessionen, schwacher Vermittelung nicht ein Haar breit nachgeben.

Denn nicht der gegenwärtige Kampf ist das Gefährlichste für Preußen und seine Fürsten. Diesen Kampf, und wenn er auch um vieles heißer und grimmiger wird, hält der Staat recht wohl aus. Alle Erscheinungen des preussischen Staatslebens, Personen und Umbildungen haben sich von je in scharfen Gegensätzen durchgearbeitet. Das Große ist dort größer, das Gemeine schlechter als anderswo. Tugend und Unfähigkeit, beides wandelt in nicht gemeinen Verhältnissen. Zu einem ruhigen, bescheidenen, gemüthlichen Volk, welches auf die Länge fünf gerade sein läßt, sind die Preußen nicht geschaffen. Die Wogen können dort sehr hoch gehen in empörter Zeit, viel Leidenschaftliches kann im Streit gesprochen und gethan werden, der Menschenverstand ist so massiv und der Volkscharakter so energisch, daß er dergleichen ohne schweren Schaden für den Staat überwinden wird. Er hat weit Schwereres durchgelitten und durchgekämpft als den gegenwärtigen Streit mit dem alten privilegirten

Junkerthum in seinem modernen Costüm. Nicht in dem gegenwärtigen Streite liegt das Unerträgliche für Preußen und die größte Gefahr für sein Fürstenhaus, sondern in der Art, wie dieser Streit beendigt wird. Der Staat der Hohenzollern ist gerettet und gesichert, wenn der Streit mit einer gründlichen Niederlage der alten Belleitäten und mit einem glorreichen Siege des Liberalismus endigt. Ein fauler Friede, eine halbe Versöhnung werden das acute Fieber in eine chronische, schleichende Krankheit verwandeln. Und offen muß ausgesprochen werden, die Zukunft Preußens und seiner Dynastie hängen davon ab, daß der nächste Umschlag in der Umgebung der Krone die Ursachen des alten Leidens gründlich beseitige. Ein König von Preußen, der Stillen des Kampfes werden will, darf nicht mehr die gemüthliche Duldsamkeit und die Verschleppungstheorie für genügend halten, welche nicht wenigen unserer altliberalen Patrioten das Versöhnende scheint. Es sind scharfe Schnitte, gründliche Reformen nothwendig geworden. Diese Nothwendigkeit aber der Regierung eindringlich und unvermeidlich zu machen, ist jetzt die höchste patriotische Pflicht der Volksvertreter.

Das erste Mittel dazu, welches den Volksvertretern durch das Gesetz an die Hand gegeben wird, ist eine Adresse, welche in ehrerbietiger Form Alles sagt, was das Volk jetzt seinem König zu klagen hat. Wenn es möglich wäre, daß die altliberalen Fractionen in der Kammer sich gegen eine solche Adresse erklärten, oder wenn sie durch fortgesetztes Bemängeln des Wortlautes und durch Verlängerung der Verhandlungen dieselbe abschwächten, sie würden eine Schuld auf sich laden, welche die Deutschen, wie die Preußen ihnen schwerlich vergessen würden.

Wenn jemals eine Adresse in Preußen nöthig war, so ist sie es jetzt, und die Abgeordneten mögen daran denken, daß die Wirkung derselben in Preußen selbst und im Auslande um so größer sein wird, je mehr lange Verhandlungen vermieden werden, je einmüthiger die Annahme derselben durch die Volksvertretung wird. ♀.

Mit dem Anfange des neuen Jahres haben die **Grenzböten** den **XXII. Jahrgang** begonnen. Die unterzeichnete Verlagsbehandlung erlaubt sich zur Pränumeration auf denselben einzuladen, und bemerkt, daß alle Buchhandlungen und Postämter Bestellungen annehmen.

Leipzig, im Januar 1863. Fr. Ludw. Herbig.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von C. C. Elbert in Leipzig.